

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Olga Fritzsche, Metin Kaya,
Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2023/2024

Einzelplan EP 7

Aufgabenbereich 270 Hafen und Innovation

Produktgruppe 270.05 Hafen

Betr.: Der Hamburger Hafen braucht dringend eine neue Perspektive

Der Hamburger Hafen steckt in einer kräftigen Krise. Der Senat hat in der Hafenpolitik auf allen Ebenen versagt.

Die Planungen basieren seit Jahren auf falschen Zahlen. Das verändert sich durch den neuen Hafenentwicklungsplan kaum. Immer noch werden steigende Umschlagszahlen geplant, obwohl die realen Zahlen seit Jahren stagnieren. Damit wird die Planung einer breiteren industriepolitischen Orientierung im Hafen verhindert.

Der Senat hat keine neuen Akzente setzen können. Die Vorstellungen zur Wasserstoffwirtschaft bleiben nebulös. Besonders deutlich wird das Versagen beim Schlick. Die mit den Jahren wachsende Schlickproblematik und deren wachsende Kosten betrachtete der Senat, ohne eine Perspektive zu entwickeln.

In der Angelegenheit Hafenkooperation hat der Senat völlig versagt. Er äußerte zwar den allgemeinen Wunsch, aber konnte der Bürgerschaft noch nicht einmal erläutern, warum die Gespräche beendet wurden.

Der Senat verweigert sich einer aktiven Hafenpolitik, die aufgrund der öffentlichen Flächen und der öffentlichen Unternehmen möglich und notwendig wäre. Der Wirtschaftssenator hätte die Rolle des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der HHLA einzunehmen und eine aktive Unternehmensgestaltung im Sinne der Stadt Hamburg einzufordern.

DIE LINKE fordert eine konzentrierte Anstrengung des Senates und seiner öffentlichen Unternehmen, neue und klare Akzente für die Hafenentwicklung zu setzen. Der Hamburger Hafen bleibt wichtig für die Beschäftigten dieser Stadt.

Völliges Versagen des Senats, gegen die neue Reedermacht aufzutreten, ist zu konstatieren. Die neuen Reederallianzen haben nicht nur zu einer exorbitanten Gewinnsteigerung geführt. Sie bedrohen weite Bereiche der mittelständischen Speditionen. Ihre Milliardengewinne werden dank der sogenannten Tonnagesteuer mit lächerlichen Steuern (unter 1 Prozent) versehen. Diese droht sich auch noch auf weite Bereiche der Terminals auszuweiten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Hafenpolitik an folgenden Eckpfeilern zu orientieren:

Eckpfeiler 1: Der mit der Elbvertiefung versprochene steigende Umschlag im Hamburger Hafen hat sich nicht erfüllt. Jetzt wird erzählt, dass die hohen Löhne im Hafen Schuld an der schwachen Entwicklung seien. Das ist dumm, töricht und falsch. Die über die Containerschiff-Allianzen wachsende Reedermacht, das verrückte Größenwachstum der Containerschiffe und die Überkapazitäten im Containerumschlag werden dazu führen, dass die Rolle des Hamburger Hafens im internationalen Vergleich sinkt. Man kann gegen den Bedeutungsverlust nicht anbaggern. Diese Veränderungen muss die Stadt aktiv wahrnehmen. Dazu gehört eine Abwägung einer engen Kooperation zwischen EUROGATE und HHLA, die nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden darf und kräftige Einsparungen in den öffentlichen Investitionen ermöglicht. Aber ebenso kräftige Initiativen gegen die Reedermacht und den Größenwahnsinn bei den Containerschiffen.

Eckpfeiler 2: Zusätzlich sind die großen ökologischen Herausforderungen anzugehen. Dazu gehören eine klare Auseinandersetzung mit dem Schlickproblem, den Anforderungen der Dekarbonisierung mit großen Flächen, die dadurch frei werden, aber auch striktes Herangehen an die Luftverschmutzung auf allen Ebenen auch durch Landstromausbau und -pflicht, kräftige Reduzierung der Lkw-Umfahren im Hamburger Hafen. So schnell wie möglich sollten alle Hafenschiffe mit saubereren Kraftstoffen betrieben und den dementsprechenden Katalysatoren und Rußpartikelfiltern beziehungsweise neuen Motoren ausgerüstet werden. Dazu ist mit den betroffenen Unternehmen ein Zeitplan für die schnelle Um- beziehungsweise Nachrüstung von HADAG-Fähren und HPA-Schiffen zu vereinbaren.

Eckpfeiler 3: Die Freiflächen im Hamburger Hafen sind sorgfältig neu zu verteilen. Dazu gehört eine Orientierung auf den Universalhafen und nicht nur die Containerschleuse. Vor allem gehört dazu die Ansiedlung von neuen Technologien (erste Versuche in Steinwerder sind schon mal ein gutes Zeichen), Industriearbeitsplätzen, die mit Wasseranschluss angezogen werden können, aber auch der Technologien der Klimaherausforderung. Wichtiges Kriterium muss sein, dass auf diesem öffentlichen Grund viele Arbeitsplätze nur in gut bezahlten Tarifen entstehen.

Eckpfeiler 4: Zusätzlich werden weitere Flächen nicht gebraucht. Diese sollten nicht brach liegen, wie viele jetzt im Hamburger Hafen, sondern der Stadtbevölkerung zurückgegeben werden. Zuerst Moorburg, aber auch weitere Flächen in der Nähe von Wilhelmsburg, Harburg und Finkenwerder sollten dazu gehören.

Eckpfeiler 5: Der Hafentarif ist eine wichtige gewerkschaftliche, aber auch volkswirtschaftliche Errungenschaft. Er muss gegen die Angriffe aus dem Reederbereich verteidigt werden. Der Gesamthafenbetrieb muss erhalten bleiben.

Diese Aufgaben sind mit den gegenwärtigen Finanzmitteln zu stemmen. Allerdings gehört dazu eine neue aktive Wirtschaftspolitik des Senates, die das Wissen der Stadt und die Kraft der öffentlichen Unternehmen bündelt für einen Hafen der Zukunft.

Angesichts dieser Entwicklungen fordert DIE LINKE einen neuen **Hafenentwicklungsplan**. In diesem müssen die Hafenflächen intensiver genutzt werden, zum Beispiel durch eine weitere Ansiedlung von Industriearbeitsplätzen, die von der wasserseitigen Anbindung profitieren.

Eine besondere Bedeutung für Hafenspolitik und Hafenentwicklung kommt dabei der **HHLA** als öffentlichem Unternehmen zu. Ihre Aufgabe ist nicht nur die Gewinnabführung an den Hamburger Haushalt, sondern ebenso wie bei der HPA auch aktive Hafenspolitik und Hafenentwicklung.